

**S**o sieht ein Wahlkampffinale auf Russisch aus: Plakate für den Amtsinhaber und seine Herausforderer sind im Stadtbild von Moskau nur sehr vereinzelt zu sehen – dafür ist eine Parole flächendeckend affiziert: „Wir wählen den Präsidenten – wir wählen die Zukunft.“ Offenbar geht beim zentralen Wahlkomitee die Angst um, dass am kommenden Sonntag, 18. März, zu wenige der 144 Millionen Russen zu den Urnen gehen, weil die Wahlen allen egal sind – den Bürgern ebenso wie den Kandidaten.

Das liegt vermutlich daran, dass der Ausgang jetzt schon feststeht: Wladimir Putin wird gewinnen und zum vierten Mal in den Kreml einziehen. Diese Gewissheit zeigt sich auch darin, dass sich der 65-jährige Staatschef nicht in die Niederungen des Wahlkampfes herablässt. Er spricht nur manchmal vor und zu seinem Volk. Bei einer Rede vergangene Woche verkündete er, dass Russland eine neue Generation an Atomwaffen entwickelt habe. Beim nächsten Auftritt im Fußballstadion Luschniki, Russlands wichtigster Arena bei der Fußball-WM im Juni 2018, ließ er sich als Führer eines „starken Russlands“ inszenieren.

# Putin, Putin, Putin... Putin

Stabilität und Sicherheit – das sind auch die Lösungen, die bei den Putin-Fans verfangen, die aus diesem Anlass ins Fußballstadion gekommen waren, um „unseren Präsidenten“ anzufeuern. Wie Irina, eine 38-jährige Hausfrau aus Moskau. „Ein stabiles und sicheres Russland gibt es nur mit ihm“, sagt sie: „Ich habe Putin immer gewählt und werde ihn auch immer wählen.“

Genau wie Andrej, ein 19-jähriger Student aus der Stadt Kaluga bei Moskau: „Ich unterstütze Putin, weil die Menschen ihn respektieren. Er hat Russland nach den 1990er-Jahren wieder groß gemacht.“

Ein Fernsehstar nach dem anderen schwingt sich auf die Bühne, um seine Unterstützung für Putin zu versichern. „Wisst ihr, dass der Präsident zugleich der Oberbefehlshaber des Militärs ist?“, fragt der Schauspieler und Oscar-Gewinner Nikita Michalkow unter Jubel in die Runde: „Ich kann mir einfach keinen anderen an seiner Stelle vorstellen als ihn!“

Der Moderator animiert die Menge immer wieder zu „Russland! Russland!“-Sprechchören. Es ist eine perfekt inszenierte Show für das Staatsfernsehen, bei der Putin auch selbst wie ein Stargast auf die Bühne kommt, um mit den russischen Olympioniken von Pyeongchang die russische Nationalhymne zu singen.

An Fernsehdiskussionen nimmt der Kremlherr selbstverständlich nicht teil, das wäre ihm zu unberechenbar. Dort steigt dafür die oppositionelle Kandidatin und TV-Moderatorin Ksenia Sobtschak unermüdlich in den Ring. Vor ein paar Tagen wurde sie bei einer Fernsehdebatte von Wladimir Schi-

Der Ausgang der Präsidentenwahlen am kommenden Sonntag ist fix: Wladimir Putin wird zum vierten Mal Staatschef. Warum wählen die Russen seit der Jahrtausendwende immer den gleichen Mann, der die Demokratie eingeschränkt und die Korruption ausgebaut hat?

VON SIMONE BRUNNER UND TESSA SZYSZKOWITZ/MOSKAU

rinowski, dem 71-jährigen ultranationalistischen Chef der Liberaldemokraten, wüst beschimpft: „Halt's Maul, du dumme Ziegel!“ Worauf Sobtschak dem Rüpel ein Glas Wasser über den Anzug goss. Ob dieser Klamauk die Russen davon überzeugen wird, sich von Wladimir Putin abzuwenden? Wohl ebensowenig wie der Verdacht, dass der Kreml hinter dem Mordversuch an dem russischen Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und seiner Tochter stecken könnte, die vergangene Woche bewusstlos in der englischen Kleinstadt Salisbury aufgefunden wurden. Das Attentat, ausgeführt mit Nervengift, ist nur einer von 15 mysteriösen Anschlügen mit Russland-Bezug, die in den vergangenen Jahren in Großbritannien registriert wurden.

Niemand bezweifelt, dass Putin rund 70 Prozent der Stimmen bekommen wird. Warum so viele Russen ihn wählen, obwohl sie sich keine Illusionen darüber machen, dass die Kreml-Kleptokratie das Land ausplündert und in seiner Entwicklung hemmt? Natasha Nusinova ist die Erklärung beim Zähneputzen eingefal-

len: „Warum kaufen die Leute Colgate und kein besseres Produkt?“, fragt die Kuratorin, die nach der Geburt ihrer Zwillinge vor einem Jahr eine Babypause eingelegt hat. Unter den Gründen zählt sie auf: Gutes Marketing. Bequemlichkeit. Kein besseres Angebot. „So ist das mit Putin für viele eben auch.“ Nusinova selbst wird wohl Ksenia Sobtschak wählen.

Sobtschaks Stärken sind gleichzeitig ihre Schwächen. Sie ist die Tochter von Anatoly Sobtschak, dem legendären Bürgermeister von St. Petersburg, der als Förderer Wladimir Putins in den 1990er-Jahren maßgeblich zum Aufstieg des heutigen Kreml-Chefs beigetragen hat. Putin-Experten sagen, Loyalität sei für den Präsidenten das Wichtigste überhaupt. Fast alle, die neben ihm groß geworden sind, kennt der ehemalige KGB-Offizier aus seiner Zeit in Petersburg.

Deshalb wohl darf Sobtschaks Tochter bei den Präsidentenwahlen überhaupt antreten. Als Ksenia im Zuge von Dreharbeiten für einen Film über ihren Vater Putin vergangenen September im Kreml besuchte, eröffnete sie dem väterlichen

Freund, dass sie bei den Wahlen am 18. März gegen ihn kandidieren wollte. Putin reagierte gelassen. Er wusste ja, dass sie keine Chance haben würde.

Viele halten Ksenia Sobtschak für nicht mehr als eine Marionette des Kreml. Ein hübsches Püppchen, eine kosmetische Behübschung von Putins Wiederwahl. Ksenia hat ihre Kindheit im Luxus verbracht und wurde dann Russlands erstes It-Girl. Sie hatte eine Fernsehshow, plapperte über Tratsch, Klatsch und ihre Einkaufstouren. 3000 Dollar für Kleidung ausgeben? Klar! „Weil ich einfach alles schön finde und haben will.“

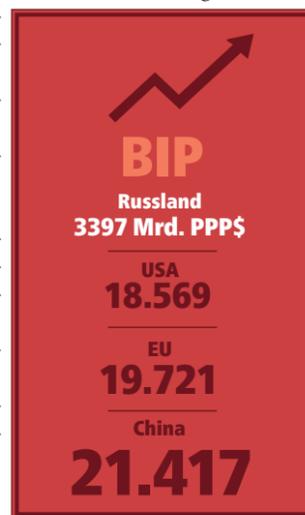
Jetzt muss Sobtschak doppelt so hart arbeiten, um als Politikerin ernstgenommen zu werden. Oder vielleicht sogar dreimal so hart, weil sie das ist, was es in Russlands politischer Führungsriege nicht gibt: eine Frau.

Auch ihr Wahlkampfteam repräsentiert eine neue Generation in der Politik Russlands. In der Zentrale, die in einem Shared Work Space neben dem Nowodewitschi-Friedhof liegt, krepeln junge Leute die Ärmel hoch, die ihr Land nicht den homopho-

ben, sexistischen alten Männern überlassen wollen. Der 28-jährige Pressesprecher Sascha Baranovsky macht sich keine Illusionen über seinen Präsidenten: „Putin ist ein sehr talentierter Mann, der ein Hybrid-System entwickelt hat. Alles hat zwei Seiten: Wir haben ein Parlament, in dem vier Parteien vertreten sind. Deren Vertreter nicken aber bloß die Kremlpolitik ab.“ Ebenso wie die Gerichte, die oft nur der Papierform nach unabhängig urteilen. Es gibt kritische Medien wie die Radiostation „Echo Moskaus“, wo Baranovsky zehn Jahre lang gearbeitet hat. Aber nur eine winzige Minderheit der Russen kann diesen Sender hören.

Gerade weil Sobtschak Putins System von innen kennt, gibt ihr Spindoktor Vitaly Schkliarow der Kandidatin eine Chance, Russland in eine bessere Zukunft zu führen. Schkliarow hat seine Lehrjahre bei Barack Obama verbracht: „In Amerika war Obamas Wahlkampf vom Ruf nach ‚Change‘ getragen. ‚Yes we can!‘, riefen die Leute. In Russland aber ist Wandel ein Begriff, der den Leuten Angst macht. Bei uns hat eine Revolution keine Chance“, meint der 41-jährige politische Berater.

Und die Regierung sorgt auch dafür, dass sie keine Chance bekommt. Die Bolotnaja-Proteste, bei denen der russische Mittelstand im Jahr 2012 auf den ▶



Quelle: Weltbank 2016

## Drei Fronten

Ukraine, Syrien und das Internet: Russlands Kriege und die Interessen dahinter.

Der Schock saß tief: Nach dem unrühmlichen Abzug aus Afghanistan, wo die Sowjetunion zwischen 1979 und 1989 Tausende Soldaten verloren hatte, dauerte es fast zwei Jahrzehnte, bis der Kreml wieder eine bedeutende Militärintervention im Ausland startete. Während der 1990er-Jahre waren die Streitkräfte so heruntergekommen, dass sie selbst mit den vergleichsweise kleinen Zerfallskriegen am Rand der ehemaligen UdSSR überfordert schienen.

Das änderte sich, als Wladimir Putin Präsident wurde und mit der Wiederaufrüstung begann. 2008 marschierten russische Soldaten in der georgischen Region Süd-Ossetien ein. Wer zuvor wen provoziert hatte, ist bis heute umstritten. Klar ist allerdings, dass die Invasion auch das deutliche Signal an den kleinen Kaukasus-Staat war, seine Annäherung an die NATO zu beenden. Der nächste Schritt erfolgte 2014 mit der Annexion der Halbinsel Krim und der Unterstützung prorussischer Separatisten in der Ostukraine nach den Maidan-Protesten, die zum

Sturz der Moskau-freundlichen Regierung in Kiew geführt hatten.

In allen drei Fällen ging es letztlich um territoriale Ansprüche, zu denen sich Russland berechtigt fühlte. Entsprechend groß ist die Begeisterung der russischen Bevölkerung über die „Heimholung“ der Krim – und auch der Rückhalt, den der Kreml in den Separatistengebieten der Ostukraine und Georgiens hat.

Mit der Unterstützung des Assad-Regimes im Syrien-Krieg versucht sich Russland wiederum als international relevanter Akteur zu positionieren – unter Hinweis darauf, sich bloß die gleiche Freiheit herauszunehmen, wie der Westen, der ja auch ständig für seine eigenen Interessen und jene seiner Verbündeten interveniere. Das brutale militärische Vorgehen in syrischen Oppositionsgebieten wie beispielsweise Ost-Ghouta beinhaltet aber auch eine allgemeine Drohung: Aufstände, die sich gegen den Kreml richten, werden mit allen Mitteln niedergeschlagen.

Seinen dritten aktuellen Krieg führt Russland im Internet. Soweit es sich nach-

vollziehen lässt, dient er dazu, Europa und die USA durch Stimmungsmache und Fake News zu verunsichern, zu spalten und zu manipulieren. Das betrachtet der Kreml aber nicht als Aggression, sondern mehr als Reaktion auf Destabilisierungsversuche in den vergangenen Jahrzehnten, etwa durch die Unterstützung des Westens für diverse Revolutionen in Osteuropa oder die NATO-Osterweiterung.

Ob Ukraine, Syrien oder Internet: Alle drei Fälle sind auch Beispiele für sogenannte hybride Kriegsführung, die darauf angelegt ist, möglichst viel im Unklaren zu lassen – etwa, wer tatsächlich die Kämpfer sind (reguläre Soldaten oder Söldner?) und von wem sie kommandiert werden. Auch dafür gibt es Vorbilder, etwa den Einsatz privater Sicherheitsfirmen durch die USA im Irak. Aber Russland hat das Konzept perfektioniert, den Rest der Welt damit in Verwirrung gestürzt und damit eines seiner wichtigsten Ziele erreicht: Es muss auch militärisch wieder ernst genommen werden.

MARTIN STAUDINGER



KRIEGSSCHAUPLATZ OSTUKRAINE  
Tatjana Smirnova vor ihrem Haus in der Ortschaft Nowoluhanske

### 1. Graue Zone

Vor vier Jahren startete Russland eine verdeckte Militärintervention, um mithilfe separatistischer Milizen große Teile der Donbass-Region von der Ukraine abzuspalten. Heute herrschen dort auf beiden Seiten der Front Hunger und Elend.

In der Einfahrt von Switlodarsk steht eine Statue: Prometheus, der Feuerbringer, die Hände zum Himmel gestreckt. Unter den Sowjets wurde die Stadt im Donbass als Siedlung rund um ein Wärmekraftwerk gebaut. Switlodarsk ist ukrainisch und bedeutet die „Gabe des Lichts“.

Für Tamara Warakina ist es aber bereits der zweite Winter, den sie im Dunkeln und in Kälte verbringt. Der Wind pfeift durch die Fenster, die bei Kämpfen zwischen der ukrainischen Armee und den prorussischen Separatisten zerstört wurden. Manche sind notdürftig abgeklebt, manche nur mit Karton abgedeckt, draußen hat es minus neun Grad. „Ich habe kein Geld, um mir neue Scheiben zu kaufen“, sagt sie. Wenn in der Nacht

wieder geschossen wird, kauert sie sich in das Stiegenhaus des neunstöckigen Plattenbaus, wo gar keine Fenster mehr sind, die zerbersten könnten. Dort wartet sie, bis die Kämpfe vorbei sind.

Switlodarsk ist ein Name, der in den OSZE-Berichten als Brennpunkt an der Front auftaucht – eine Geisterstadt, zwischen der ukrainischen Armee und den prorussischen Separatisten erbittert umkämpft. Doch inzwischen wird die Stadt erneut von der ukrainischen Armee kontrolliert. 12.000 Menschen leben wieder hier, fast so viele wie vor dem Krieg, sagt der Bürgermeister Anatolij Brechunez.

Es sind vor allem die Alten und Armen, die in ihre Wohnungen entlang der Frontlinie zurückgekehrt sind, weil sie schlichtweg keine Mittel und keine Kraft mehr haben, sich woanders eine neue Existenz aufzubauen. So wie Warakina. Mit ihrer kargen Pension von 2100 Hrywnja (rund 60 Euro) kommt die 76-Jährige nur noch durch Hilfslieferungen über die Runden. Weil das Brot im Laden zu teuer ist, backt sie selbst, Fleisch kann sie sich schon seit Jahren nicht mehr leisten.

Viele Menschen in der sogenannten „grauen Zone“, dem 500 Kilometer langen Frontabschnitt in der Ostukraine, sind auf ▶

Straßen gegen Wahlbetrug und Korruption demonstriert hatte, wurden von Putin mit Gewalt niedergeschlagen.

Eine Revolte des Volkes ist deshalb derzeit als Option vom Tisch. Dennoch gibt der Führer der außerparlamentarischen Opposition, Alexej Nawalny, den Kampf nicht auf. Da er selbst als Kandidat nicht zugelassen wurde, ruft er zum Boykott der Wahlen auf. Ksenia Sobtschak unterstützt er nicht.

„Sabastowka“, „Streik“ steht auf einem roten Schild im Fenster des Gassenlokals im Süden von Moskau, das Nawalny als Wahlkampfzentrale benutzt. Hier, etwa eine halbe Autostunde vom Roten Platz entfernt, ist alles auf den Chef getrimmt: Die Rückwand ist blau gestrichen, darauf prangt groß der Schriftzug „Nawalny 2018“. In der Ecke kann man Nawalny-Pullis, Handyhüllen und Anti-Putin-Tassen erstehen.

„Nawalny ist der einzige Kandidat, der Putin wirklich herausfordert“, sagt Sergej Bojko, der Kampagnenleiter: „Immerhin sind wir die Einzigen, die einen wirklichen Wahl-

kampf geführt haben.“ Nawalny hat im Vorjahr bei Anti-Korruptions-Protesten Zehntausende junge Russen im ganzen Land auf die Straße gebracht und in mehr als 80 russischen Städten Komitees gegründet, um seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen zu unterstützen. Um den Elan der Nawalny-Bewegung trotz des verhinderten Antritts nicht gleich wieder verpuffen zu lassen, sollen die „Nawalniki“ jetzt zumindest als Wahlbeobachter ausschwärmen, um Fälschungen zu dokumentieren.

Für diesen Job hätten sich schon knapp 50.000 Interessenten auf der Seite registriert, sagt Bojko. Jeden Tag finden im Stab Schulungen statt, die Kurse sind voll.

Auch Ksenia Pachomowa ist heute gekommen, um sich als Wahlbeobachterin ausbilden zu lassen. Sie wohnt in der westsibirischen Stadt Kemerowo, 3600 Kilometer östlich von Moskau. Von Nawalny hat sie das erste Mal gehört, als sie vergangenes Jahr ein vom Nawalny-Team produziertes Enthüllungsvideo über die Reichtümer des Premiers Dmitrij Medwedew sah. Der Clip über die

teuren Domizile und Turnschuhe des Regierungschefs wurde auf YouTube 26 Millionen Mal angeklickt. Politik habe sie eigentlich nie interessiert, sagt die 24-Jährige, aber dieses Video sei ein Schlüsselerlebnis gewesen. Dass jemand den Mut bringt, diese Missstände anzuprangern, habe ihr imponiert. Als auch Kemerowo ein Wahlkampf-Büro von Nawalny eröffnete, wurde die junge Frau dort aktiv.

Das blieb nicht ohne Folgen. Ihre Mutter wurde als Direktorin an der Kunstschule gefeuert. Und als Pachomowa im Januar einen nicht-geheimigten Protest in Kemerowo vorbereitete, landete sie selbst für zwei Tage in Haft. „Alles halb so schlimm“, winkt sie heute lachend ab, als würde sie sich an eine schwere Prüfung erinnern, die sich als harmlos entpuppte: „Du kommst wieder raus, und dann arbeitest du einfach weiter. Das hat mich nur noch weiter in dem bestärkt, dass wir etwas ändern müssen.“

Vergangenes Jahr gelang der Beweis, dass man sich zumindest auf kommunaler Ebene auch ohne

Putins Segen wählen lassen kann. Sobtschaks Chefberater Schklierow hat die Kampagne begleitet und 267 unabhängige Kandidaten gegen Putinisten durchgebracht: „Wir haben gezeigt, dass Politik möglich ist. Das hat der Opposition Auftrieb gegeben.“

Alisa Goluenko ist dafür ein Beweis. Die 22-Jährige Journalistin ist im Herbst zu einer Bezirksabgeordneten im Moskauer Bezirk Choroschjowskij gewählt worden. Nebenbei ist Goluenko auch Aktivistin der unabhängigen NGO „Golos“ (auf Deutsch: Stimme), die Wahlen beobachtet und zuletzt vom Justizministerium als „ausländischer Agent“ eingestuft wurde. Wie die meisten Unabhängigen

hat Goluenko ihre Wähler mit einem Tür-zu-Tür-Wahlkampf angeworben. Wenn die Leute das Wort „Politik“ hören, würden sie am liebsten die Tür zu knallen, sagt sie. „Aber wir haben versucht, ihnen klarzumachen, dass wir zumindest im Bezirk etwas gestalten können.“ Dass sie gewählt wurde, hieße freilich nicht, dass in Russland die Demokratie aus-



Hilfslieferungen angewiesen. Seit dem Ausbruch des Krieges, der laut UN-Angaben in den vergangenen vier Jahren 10.300 Todesopfer gekostet hat, sind viele internationale Hilfsorganisationen in die Ukraine gekommen, um die Versorgungslücken zu füllen. Doch je länger der Konflikt dauert und je mehr er aus der internationalen Aufmerksamkeit verschwindet, umso mehr schrauben sie ihr Engagement zurück.

Das World Food Programme (WFP) hat sein Programm beispielsweise mit Ende Februar eingestellt. Olena Moniuk, die in Kramatorsk für die UN-Organisation arbeitet, zählt mehrere Gründe dafür auf. Einerseits läge es am restriktiveren Zugang zu den prorussischen Separatistengebieten, in die internationalen Organisationen immer wieder der Zutritt verwehrt wird, andererseits am strengen Mandat der UN-Welthungerhilfe, das eigentlich nur für absolute Katastrophenfälle, wie derzeit in Syrien oder im Jemen, gilt. Und nicht zuletzt an mangelnden Geldmitteln: „Wir müssen nun mal unter den Bedürftigen die Bedürftigsten auswählen“, sagt sie.

Dabei ist laut WFP-Daten die Zahl der Menschen, die in der Ostukraine von Un-

terernahrung bedroht sind, von 600.000 (2016) auf 1,2 Millionen Menschen (2017) gestiegen. Mehr als drei Jahre nach Beginn des bewaffneten Konflikts nehme das menschliche Leid in der Region „nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit“ weiter zu, so internationale Organisationen zuletzt auf einer Konferenz in Berlin.

„Wir schätzen die Lage als sehr kritisch ein“, sagt auch Thomas Weiss, Ukraine-Direktor der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Vor allem in der grauen Zone seien die wenigsten Menschen in der Lage, sich selbst zu versorgen. „Das Problem ist dabei nicht, dass es keine Geschäfte und Märkte gäbe – die gibt es ja“, erklärt Weiss: „Aber die Menschen können sich die Lebensmittel schlichtweg nicht mehr leisten.“

Auch die IOM musste zuletzt Mittel kürzen: Wurden im Winter 2016/17 noch 8000 Menschen entlang der Frontlinie finanziell unterstützt, sind es heuer nur noch 4000. Laut Weiss reichen die IOM-Mittel in der Ukraine noch bis zum Sommer. Ein Paradox: Während sich die humanitäre Lage zuspitze, werde es immer schwerer, internationale Hilfsgelder für die Ukraine aufzustellen, weil der Konflikt aus der Aufmerksamkeit verschwun-

den sei und als „eingefroren“ gelte, sagt Weiss.

Politisch stehen die Zeichen derweil nicht auf Entspannung. Im Dezember sind die Russen aus der Militärkooperation „Joint Centre for Control and Coordination“ (JCCC) ausgestiegen. Die 2014 gegründete Kontaktstelle aus ukrainischen und russischen Offizieren im Kriegsgebiet sollte zwischen den Konfliktparteien vermitteln und die Sicherheit der OSZE-Beobachter garantieren. Das ukrainische Parlament hat zudem ein umstrittenes Reintegrations-Gesetz beschlossen, das Russland als „Aggressorstaat“ festschreibt und für alle Kriegsschäden im Separatistengebiet zahlen lassen will. Wenngleich es außer Frage steht, dass Moskau die abtrünnigen Gebiete maßgeblich kontrolliert, wird das Friedensabkommen von Minsk im Gesetzestext mit keinem Wort mehr erwähnt. Überhaupt ist keiner der 13 Punkte des Abkommens, wie der Abzug der schweren Waffen, umgesetzt.

Gegenüber von Switlodarsk, vorbei an verminten Feldern, unbefestigten Gräbern, Strommasten und einem Stausee, liegt Nowoluhanske. Das Dorf wurde im Dezember von Mehrfachraketenwerfern beschossen. Als die Musiklehrerin Tatjana

**VERWÜSTUNG**  
Kriegsschäden in einem ostukrainischen Kindergarten



Smirnowa am Abend nach Hause kam, brannte ihr Haus lichterloh. „Es war wie in einem Horrorfilm“, sagt sie. Dort, wo früher ihr Wohnzimmer war, klafft jetzt ein Loch. Die Zugänge zu den Räumen sind mit schweren Teppichen verhängt, damit die Winterkälte nicht noch in die anderen Zimmer kriecht, in denen Smirnowa mit ihrem Mann und ihren drei Kindern noch immer wohnt. Das Geld, das die Familie hat, reicht nicht einmal für neue Fenster.

Dabei ist die Lage in Nowoluhanske noch vergleichsweise gut. Andere Dörfer in der Nähe sind überhaupt von der Außenwelt abgeschlossen – etwa Trawnnewe und Dolomitne, die den prorussischen Separatisten im Winter von der ukrainischen Armee abgetrotzt wurde und die mittlerweile nicht einmal mehr für internationalen Hilfsorganisationen zu erreichen sind. Laut Schätzungen der IOM leben dort aber noch einige Hundert Menschen.

Ob die Regierung in Kiew in der Lage ist, zumindest für die bedürftigen Menschen auf dem ukrainisch-kontrollierten Gebiet in die Bresche zu springen, ist fraglich. „Selbst, wenn alle Behörden, Hilfsorganisationen und Volontäre zusammenhelfen, können wir nicht allen helfen“,

sagt Brechunetz, der Bürgermeister von Switlodarsk: „Die Not ist einfach zu groß.“ In der Stadtverwaltung von Nowoluhanske stapeln sich derweil die Papiere der Antragssteller, die materielle Hilfe für ihre Kriegsschäden beantragen. Doch mehr als zehn Prozent der Schadenssumme könne der Staat nicht aufbringen, sagt eine Beamtin. Und das auch nur im besten Fall.

Auf welcher Seite der Front die Menschen heute gelandet sind, ist im Übrigen meist keine ideologische, sondern eine praktische Frage: „Sie stehen vor der Entscheidung: Arbeit oder Dach über dem Kopf?“, sagt Wiktorija Nikolajewna. Die Frau in der Kunstpelzjacke hat sich für ihre Wohnung im ukrainisch-kontrollierten Gebiet, in Switlodarsk, entschieden. Vor dem Krieg ist sie selbst jeden Tag in die Nachbarstadt Debalzewe gependelt, um dort auf dem Sozialamt zu arbeiten. Doch der ehemalige Eisenbahnknotenpunkt Debalzewe, von hier nur 20 Kilometer entfernt, ist nach einer blutigen Schlacht im Februar 2015 unter die Kontrolle der prorussischen Separatisten gefallen. Eine Überfahrt durch die Checkpoints dauert heute bis zu 24 Stunden.

SIMONE BRUNNER, UKRAINE

bricht. Aber nachdem die fetten Jahre des Ölbooms vorbei sind, hofft sie, dass sich die Leute wieder mehr für Politik interessieren und wenigstens auf lokaler Ebene mehr mitbestimmen wollen.

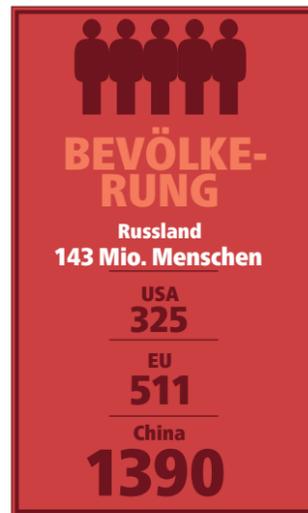
Die Probleme des Putinismus erschließen sich oft erst nach dem zweiten Blick. 2015 wurde in Moskau ein Museum für das Gedenken an jene drei bis neun Millionen Menschen eröffnet, die Opfer Josef Stalins wurden – dass es keine allgemein gültige Zahl gibt, liegt an der von Putin nur halbherzig betriebenen Geschichtsforschung. Als Stalin tot war und Nikita Chruschtschow 1956 einen politischen Frühling einleitete, kehrten 1,2 Millionen Menschen aus den Straflagern des Gulag zurück. Sie wurden in den Jahrzehnten danach rehabilitiert.

In den Museumshallen ist es gespenstisch still, ein paar junge Mitarbeiterinnen löffeln im Café Suppe. Auf den Videowänden laufen Videos über Stalins Tod und Interviews mit Überlebenden des Gulag. An Stalins Terror wird mit Zellentüren, Briefen auf Verbandsmaterial und Fotos von seinen Opfern erinnert. Putin, der

sonst lieber an Stalins siegreiche Rolle im Zweiten Weltkrieg erinnert, hat dieses Museum erlaubt.

Und dennoch fehlt etwas. Laut der Bürgerrechtsgruppe Memorial gibt es auch heute noch politische Gefangene. 143 genaugenommen. Das ist die andere Seite des Putinismus: Was er nicht sehen will, darf das Volk auch nicht sehen. Die drei Aktivistinnen von Pussy Riot saßen für einen Putin-kritischen Punksong am Altar einer Kathedrale in Moskau zwei Jahre lang im Straflager. Der ehemalige Oligarch Michail Chodorkowski verbrachte ein ganzes Jahrzehnt in Gefangenschaft, nachdem er in politisch motivierten Prozessen wegen Steuerhinterziehung und Betrug verurteilt worden war. Zurzeit wird Oleg Sentsov in Sibirien festgehalten. Der ukrainische Filmemacher stammt von der Halbinsel Krim und wurde wegen angeblicher terroristischer Aktivitäten zu 20 Jahren Straflager verurteilt. Eine Anklage, die er als haltlos bezeichnet hat.

Wer bestimmt darüber, ob ein Politiker, ein Richter, ein Journalist richtig handelt? Ist es gerecht, dass



## 2. Ohne Rücksicht auf Verluste

Für Russland ist der Krieg in Syrien nicht zuletzt eine willkommene Möglichkeit, neue Waffensysteme zu testen – auch auf Kosten der Zivilbevölkerung.

Bashar al-Assad ist Wladimir Putin zu lebenslangem Dank verpflichtet: Ohne den Kreml-Chef hätte der syrische Diktator vermutlich längst den Großteil seines Landes verloren oder wäre vielleicht sogar komplett entmachteter. Nach dem Beginn des Aufstands in Syrien 2011 war das Regime vier Jahre lang in der Defensive gewesen. Zeitweise kontrollierte es nur noch ein Viertel des Territoriums. Das änderte sich, als Russland im Herbst 2015 mit Luftschlägen eingriff – offiziell, um die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) zu bekämpfen, die im Osten des Landes ein bis in den Irak reichendes Kalifat errichtet hatte; in erster Linie aber, um Assad zu retten.

Die Intervention hat dem Kriegsverlauf eine neue Wendung gegeben. Mittlerweile sind es die Aufständischen, die immer weiter zurückgedrängt werden – derzeit gerade in der Region Ost-Ghouta am Stadtrand von Damaskus (siehe auch Seite 50). Die syrisch-russische Koalition geht dort ähnlich vor wie im vergangenen Jahr in der Millionenstadt Aleppo. Gnadenlose Bombardements, die sich auch gegen zivile Einrichtungen wie Spitäler richten, sollen Rebellen und Bevölkerung gleichermaßen zermürben. Infanterievorstöße spalten das Territorium in Kessel auf, die anschließend ausge-

hungert und überrannt werden – eine Praxis, welche die Rückeroberung der IS-besetzten irakischen Stadt Mossul durch eine Koalition aus amerikanischen, irakischen und kurdischen Verbänden an Brutalität in den Schatten stellt.

Als Bodentruppen nutzt der Kreml in Syrien auch Kämpfer der Grupa Wagner (Gruppe Wagner), eines privaten Sicherheitsunternehmens, das offiziell nicht dem Verteidigungsministerium unterstellt ist. Diese Konstruktion erlaubt es einerseits, die Verantwortung für Kampfeinsätze abzuschieben, andererseits aber auch, die Zahl gefallener russischer Staatsbürger zu verschleiern. „Putin will mit Sicherheit nicht beschuldigt werden, den desaströsen Afghanistankrieg der Jahre 1979 bis 1989 zu wiederholen, der zum Kollaps des Sowjetimperiums beigetragen hat“, schreibt Nina L. Khrushcheva, Professorin für Internationale Politik an der New School in New York und Urenkelin des ehemaligen KPdSU-Parteichefs Nikita Chruschtschow, in einer aktuellen Analyse.

Mit seinem Einsatz verfolgt Russland mehrere Ziele: Es sichert sich Einfluss im Nahen Osten und Militärbasen auf syrischem Territorium – etwa den Marinestützpunkt in Tartus, und damit seinen einzigen

Alexej Nawalny an den Wahlen nicht teilnehmen darf? „Das Gesetz besagt eben, dass nur kandidieren darf, wer nie gegen das Gesetz verstoßen hat“, meint Sofia Pigina. Die 20-jährige Moskauerin studiert an der elitären Universität für internationale Beziehungen MGIMO. Es sei nicht immer einfach, zu klären, ob ein Richter unabhängig entschieden habe, aber: „Man kann sich nicht einfach über ein Urteil hinwegsetzen.“

Sofia kennt keinen anderen Präsidenten als Putin. Knapp nachdem sie geboren wurde, kam Putin an die Macht. „Meinen Eltern war die Stabilität wichtig, die kannten noch die Sowjetunion und die Jelzin-Jahre. Uns Jungen aber ist Wohlstand eher egal, wir wollen unser Land zum Besseren verändern.“ Sie wird zum ersten Mal wählen gehen, das ist für sie selbstverständlich. Sie will noch die Parteiprogramme studieren. Nawalyns Videos über die Korruption fand sie sehr wichtig. Ksenia Sobtschak gefällt ihr, weil sie eine Frau ist. Die russische Verfassung ist gerade 30 Jahre alt, „wir sind ein junger Staat und brauchen Zeit, uns zu entwickeln“, meint sie. Vor allem findet sie, dass „man nicht unbedingt provozieren muss, um etwas zu verändern.“

Eines ist klar: Diese Amtsperiode sollte Putins letzte sein. Er war von 2000 bis 2008 zwei Mal Prä-

sident, dann schob er seinen Statthalter Dmitri Medwedew auf den Chefessel. 2012 konnte Putin wieder zurückkehren. Die Amtsperiode war per Gesetz auf sechs Jahre verlängert worden.

In drei Jahren, wenn eine neue Duma gewählt wird, ist Putin bereits ein Präsident auf Abruf, um dessen politisches und finanzielles Erbe verschiedene Gruppen ringen werden. Zentrale Figur ist Igor Setschin, offiziell Chef von Rosneft, dem staatlichen Energieriesen, der zerschlagene private Ölkonzerne wie Yukos oder TNK geschluckt hat. Inoffiziell gilt der 57-jährige Setschin als die graue Eminenz Putins und als Chef der Silowiki, der Männer aus den Sicherheitsministerien, die einen bestimmten Flügel von Putins Machtzirkel bilden. Meisterstrategie Putin aber unterstützt gleichzeitig nach dem Prinzip der alten Römer – teile und herrsche – die Fraktion der Liberalen um Premierminister Dmitri Medwedew.

Neben diesen klassischen Fraktionen ist inzwischen eine dritte Gruppe von möglichen politischen und finanziellen Erben entstanden. Sie besteht aus Kindern – in Putins Fall Schwiegersöhnen – der bisherigen Machthaber. Kirill Schamalow, Ehemann von Putins jüngerer Tochter Katarina, kontrolliert inzwischen die Gasverarbeitungsfirma Sibur. Der Sohn des ▶



KRIEGSSCHAUPLATZ SYRIEN  
Russischer Soldat an einem Checkpoint in der Nähe von Damaskus

ganzjährig eisfreien Hafen, abgesehen von Murmansk. Gleichzeitig dient Syrien dem Kreml als Testgelände für Auslandseinsätze.

„Wir hatten bislang praktisch keine Erfahrung damit, unsere Streitkräfte in einem so weit entfernten Land, mit dem wir keine Grenzen haben, zum Einsatz zu bringen“, erklärte Generalstabschef Waleri Gerassimow vor Kurzem in einem Interview mit der Kreml-treuen Zeitung „Komsomolskaya Pravda“. Die Intervention für das Assad-Regime habe erlaubt, das zu trainieren.

Andere Militärs brüsteten sich damit, Russland habe im Zuge des Syrienkrieges Hunderte Tests mit neuen Waffensystemen durchgeführt: „Es ist kein Zufall, dass jetzt alle möglichen Kaufinteressenten auf uns zukommen, auch aus Ländern, die nicht mit uns verbündet sind“, freute sich Wladimir Schamanow, Chef des Verteidigungsausschusses im russischen Parlament, Ende Februar. Die Aufträge seien ein willkommener Nebeneffekt der „Hilfe für das syrische Brudervolk“.

In den zwei Wochen seither kamen, nicht zuletzt durch russische Bombardements, allein in Ost-Ghouta mehr als 800 Menschen ums Leben.

Martin Staudinger

### 3. Die virtuelle Armee

Russland versucht, den Westen mithilfe von Internetpropaganda zu schwächen. Die hysterischen Reaktionen darauf haben möglicherweise mehr Wirkung als die Attacken selbst.

In der Savuschkina Straße 55 am Rande von St. Petersburg steht ein unscheinbares Gebäude: drei Stockwerke, schmucklose Fassade, Sowjet-Schick. Hinter diesen grauen Mauern soll ein paar Jahre lang ein ganz spezieller Krieg geführt worden sein – aber darauf deutet von außen nichts hin. Berichten zufolge saßen mehr als 100 Menschen Tag für Tag an ihren Computern, um mit gefälschten Facebook-Accounts und Twitter-Profilen ein Bombardement zu führen, das nur auf einen Gegner abzielte: die Wahrheit.

So sieht das zumindest Robert Mueller, jener US-Sonderermittler, der seit vergangener Sommer die Frage klären soll, ob und wie russische Privatpersonen, Firmen und staatliche Stellen versucht haben, in den US-Präsidentenwahlkampf 2016 einzugreifen. Vieles deutet darauf hin, dass die Verschwörer in der Savuschkina Straße 55 nicht nur Nachrichten über Unfälle oder Epidemien erfanden, die es nie gegeben hatte. Die

Kreml-Trolle sollen auch zu Demonstrationen aufgerufen, sich mit US-Aktivisten verabredet und Hunderttausende US-Follower hinter sich geschart haben. Der Social-Media-Gigant Facebook schätzt, dass zwischen Jänner 2015 und August 2017 rund 126 Millionen US-Amerikaner die Falschmeldungen aus St. Petersburg konsumiert haben dürften.

Die dort angesiedelte „Internet Research Agency“ ist nur eine von mehreren russischen Medienorganisationen, die das Ziel haben, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und dabei direkt oder indirekt der Kontrolle Wladimir Putins zugerechnet werden: Dazu zählen zum Beispiel der staatliche TV-Sender Russia Today oder die Internetplattform Sputnik. Verschiedene mediale Akteure aus dem Umfeld des Kremls mischen seit Jahren in der Berichterstattung über die Flüchtlingskrise, den Brexit und westliche Wahlen mit. Eines der bekanntesten Beispiele ist die Meldung des russischen Senders Channel 1



**KRIEGSSCHAUPLATZ INTERNET „Trollfabrik“ in St. Petersburg, aus der angeblich Cyberangriffe gegen den Westen gestartet wurden**

über das russlanddeutsche Mädchen Lisa E., das angab, von Asylwerbern vergewaltigt worden zu sein. Ein Vorfall, der laut einer Polizeiuntersuchung nicht stattgefunden hat, aber die Debatte rund um die europäische Flüchtlingspolitik weiter polarisierte.

Auch die Details aus US-Sonderermittler Muellers 37 Seiten umfassender Anklage gegen die „Internet Research Agency“ und ihre Führung zeigen, dass es nicht unbedingt darum gehen dürfte, eine bestimmte politische Richtung zu unterstützen, sondern eher, vorhandene Spannungen zu verschärfen und für Konflikte zu sorgen: Die russischen Trolle warfen sich sowohl für die Republikaner als auch für den US-Demokraten Bernie Sanders ins Zeug. Nach Donald Trumps Wahlsieg sollen sie zu Demonstrationen für und gegen den neuen Präsidenten aufgerufen haben. Die Erkenntnis, dass hier ein Problem entstanden sein könnte, erreichte jüngst sogar das Weiße Haus. „Wenn es

das Ziel Russlands war, Unfrieden, Behinderungen und Chaos zu kreieren, dann war es erfolgreicher als in seinen wildesten Träumen“, twitterte Trump vor wenigen Wochen.

Die Angst vor der Manipulation demokratischer Prozesse geht nicht nur in den USA um, sondern auch in anderen westlichen Ländern. Dass es Versuche in diese Richtung gegeben hat, ist evident. Beweise dafür, dass sie tatsächlich Wirkung gezeigt haben, fehlen aber. „Die praktischen Auswirkungen dieser Einmischung, dort, wo sie tatsächlich stattgefunden hat, mögen verschwindend gering sein“, gibt Michail Korostikow vom Thinktank Carnegie Moscow Center in einer aktuellen Analyse zu bedenken: „Doch die Hysterie der westlichen Politiker erweckt den Eindruck, als wäre der Kreml allmächtig und könnte leicht das politische Geschehen in Ländern beeinflussen, die ihm wirtschaftlich weit überlegen sind.“

CHRISTOPH ZOTTER

ehemaligen Geheimdienst-Chefs Nikolai Patrushev, Dmitri, sitzt im Vorstand von Russlands sechstgrößtem Kreditinstitut, der Landwirtschaftsbank. Piotr Fradkow, Sohn von Ex-Premiers Michail Fradkow, leitet das russische Exportzentrum.

Zudem bugsiert Putin auch fähige Manager ohne Verwandtschaftsbeziehungen in hohe Staatsfunktionen. Die Mischung aus Nepotismus und Utilitarismus wird mit Bedacht gepflogen: „Unter diesem entstehenden System würde Russland ein Land, das von McKinsey-Beratern regiert wird, die Putin gegenüber loyal sind und seine Politik weiterführen, wenn er einst nicht mehr da sein sollte“, schreiben die Russland-Experten Ivan Krastev und Gleb Pavlovski.

Genau diese Fortführung des Putinismus will die neue Opposition verhindern. Ksenia Sobtschaks Spindoktor Vitali Schkliarow, der fließend Deutsch und Englisch spricht, möchte deshalb auf einige Maßnahmen des Westens hinweisen, die er für kontraproduktiv hält – etwa die Sanktionen: „Die internationale Isolierung macht es für Putin leichter, das Feindbild des Westens hier aufrechtzuerhalten.“ Gäbe es keinen äußeren Feind, wäre es für die Opposition leichter, den Menschen die Realität im Land näherzubringen: „Wieso hat Putin, dieser Mann mit unbegrenzter Macht und unbegrenzten Ressourcen Staat und Land in 18 Jahren nicht modernisiert?



Quelle: CIA Factbook 2016

Wo ist das ganze Geld hingekommen?“

Die Wirtschaftsdaten sind niederschmetternd. In Putins bisher dritter Amtsperiode ist der Wert des Rubels auf die Hälfte gefallen. Die Wirtschaft schwächelt mit einem Wachstum von 1,2 Prozent. Die Arbeitslosigkeit liegt bei fünf Prozent, die Inflation bei drei Prozent – die Zahlen sagen aber wenig über die wahre Lage in der Bevölkerung aus: 20 Prozent der Russinnen und Russen leben in bitterster Armut.

In Moskau hingegen speist die betuchte Elite in eleganten Fresstempeln, in denen sich die besten Köche und Designer aus aller Welt mit russischem Talent mischen. Das glitzernde Zentrum der Metropole kann aber nur schlecht darüber hinwegtäuschen, dass viele der notwendigen Reformen in Russland nie angegangen wurden. Der Aufschwung in Putins ersten Amtsjahren hatte weniger mit seiner Politik zu tun, als mit steigenden Ölpreisen. Mit dem Reichtum wuchs auch die Korruption. Russland steht auf Platz 135 von 180 im internationalen Ranking von Transparency International. Jetzt sind die Ölpreise stark gefallen, die korrupten Geister aber wollen deshalb noch lange nicht in ihre Flaschen zurück.

Die Russen bekommen höchstens ihre persönliche Misere zu spüren, das Gesamtbild fehlt. Putin sitzt heute nicht zuletzt deshalb so fest im Sattel, weil er durch seinen Macht- und Medienapparat die

Opposition im öffentlichen Raum praktisch abgeschafft hat. Ein potenzieller Nachfolger – oder eine Nachfolgerin – müsste diesen Umstand zu ändern wissen und sich erst einmal Gehör verschaffen.

Solange das nicht der Fall ist, regieren in Russland Putin – und ein gewisser Galgenhumor. Als vor Kurzem schwere Schneefälle über die russische Hauptstadt kamen und die Einsatzkräfte ihre liebe Not damit hatten, Straßen und Fußwege zu räumen, sprühte eine Moskauerin ein einziges Wort in grü-

ner Farbe in den Schnee – eines, von dem sie annahm, dass es den Winterdienst zuverlässig auf den Plan rufen würde: Nawalny.

Wenige Stunden später war der Schnee an dieser Stelle tatsächlich weg, und der Name des verfeimten Putin-Kritikers auch. Die Kunde von der wundersamen Räumung verbreitete sich blitzartig im Internet – und viele Russen im ganzen Land machten es der Moskauerin nach. Der Humor ist die Rache der Unterdrückten.

PoP - Power of People  
Rust, 12. / 13. April 2018

BUSINESS  
circle

# HR now

## ... disruptiv & pragmatisch

Treffpunkt für Österreichs Pioniere & Gestalter aus der HR-Welt

Exklusiv für profil-LeserInnen!  
Holen Sie sich 100 Euro Bildungsrabatt  
mit dem Anmeldecode VGN/100

[businesscircle.at](http://businesscircle.at)